

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Büroleitung Oberbürgermeister Claudia Wachenfeld

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hansemann

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Fachbereich Finanzwirtschaft Tanja Harnisch

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Gäste

Andrea Aulkemeyer Geschäftsführerin Reinhard-Nieter-Krankenhaus

Dr. Harald Endemann Seufert Rechtsanwälte München

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Hermann Stolle

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 6

C. Nichtöffentlicher Teil auf Seite 7

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 3.1.1 Vorstellung und Erörterung der vorgesehenen Kooperation mit dem St. Willehad Hospital und Antrag auf Beschlussfassung zum weiteren Procedere **240/2013**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

- 3 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

- 3.1 Betriebsausschuss Krankenhaus (Beigeordneter Biehl)

- 3.1.1 Vorstellung und Erörterung der vorgesehenen Kooperation mit dem St. Willehad Hospital und Antrag auf Beschlussfassung zum weiteren Procedere **240/2013**

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 25.10.2013 vor.

Anschließend skizzierte er die bisher unternommenen Schritte. Das heute vorliegende Papier zeige die noch offenen Verhandlungspunkte auf und verdeutliche die noch bevorstehende Arbeit. Grundlage der späteren Entscheidungen müsse immer auch eine finanzielle Pro- und Contra-Betrachtung sein.

Herr Föhlinger brachte einen gemeinsamen **Änderungsantrag von CDU- und SPD-Fraktion** ein.

Der letzte Satz der Beschlussvorlage solle folgende Form erhalten:

„Die schlussverhandelten Vertragsinhalte sind dem Rat zusammen mit einer Aufstellung der zu erwartenden Belastungen für den Haushalt der Stadt zur abschließenden Zustimmung vorzulegen.“

Frau Biester mahnte, es sei zu früh für Jubel. Hier ergehe zunächst der Auftrag an die Verwaltung zu prüfen, ob eine Fusion finanziell und wirtschaftlich machbar sei. Dennoch sei eine Fusion nur sinnvoll, wenn es auch einen Klinikneubau gebe. Dafür sei jedoch die Gewährung eines entsprechenden Zuschusses vom Land von zentraler Bedeutung. Dieser würde nur dann gewährt, wenn es neben der Fusion auch eine Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus in Sanderbusch gebe. Diese müsse in gegenseitigem Miteinander nicht zuletzt auch im Sinne der medizinischen Versorgung der Bürger gelingen. Ein medizinischer Tourismus dürfe nicht entstehen. Die jüngste Entwicklung zeige zudem deutlich, dass drei Standorte für drei verschiedene Kliniken nicht mehr tragbar seien.

Herr Dr. von Teichman betonte das Engagement der vormaligen FDP-Fraktion für das Reinhard-Nieter-Krankenhaus, was er in der Vergangenheit bei dem größten Teil des Rates jedoch vermisst habe. Auch verurteilte er die Haltung der Verwaltung, die die Einlassungen seiner Fraktion nicht erhört habe. Zwischenzeitlich sei die Lage des Krankenhauses nicht mehr überschaubar für den Rat. Noch mehr sei er erstaunt darüber, dass sich der Rat nun die hier vorgelegte Lösung zutraue und dies nicht Profis überlasse. Seiner Meinung nach sei bestehe jetzt mehr denn je einzig die Lösung einer Privatisierung. Nachdem Herr Dr. von Teichman weitere Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Pläne prognostiziert hatte, appellierte er dringend, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

Herr von den Berg vermisste bezüglich der Finanzierung Hilfestellung von Seiten des Bundes. Die unterfinanzierten Kommunen dürften mit ihren Krankenhäusern nicht länger allein gelassen werden. Die derzeitige Situation im Gesundheitswesen könne nicht länger hingenommen werden. Dennoch appelliere er auch an die Beteiligten, in der heutigen Angelegenheit kritische Fragen zu stellen und Antworten einzufordern. Zwar werde er dem heutigen Beschlussvorschlag zustimmen, doch könne er dies nicht bei einem Vertragsentwurf, der die Stadt in finanzielles Destaster stürze. Er bitte den Oberbürgermeister daher dringend, die Belastbarkeit der Bevölkerung und der städtischen Finanzen nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Hellwig erinnerte daran, dass die große Ratsmehrheit bei der letzten Kommunalwahl der Bevölkerung ein städtisches Krankenhaus versprochen habe. Dies umzusetzen sei nicht einfach, werde aber durch die Fusion erleichtert. Er hege die Hoffnung, mit dem heutigen Beschluss auf die Zielgerade einschwenken zu können. Abschließend lobte er das Engagement von Oberbürgermeister Wagner und der Geschäftsführerin des Reinhard-Nieter-Krankenhauses, Frau Aulkemeyer.

Herr Debring stimmte Herrn Dr. von Teichman dahingehend zu, dass dessen Einwände früher hätten erhört werden müssen. Der heute zu fassende Beschluss stelle eine letzte Chance für ein kommunales Krankenhaus dar, daher gelte es, heute zuzustimmen und die Angelegenheit zu einem guten Ende zu bringen.

Frau Weinstock wies auf einen Schwesterbau des Reinhard-Nieter-Krankenhauses in Leverkusen hin, der heute zu den modernsten Kliniken im Bundesgebiet zähle und nach wie vor kommunal betrieben werde. Aus Sicht der BASU sei ein Neubau aufgrund der damit verbundenen hohen finanziellen Belastung undenkbar. Eine Kooperation mit dem St. Willehad Hospital begrüße die Fraktion jedoch. Aus diesem Grunde stelle sie im Namen der Gruppe BASU/Hammadi einen **Änderungsantrag** für den 2. Absatz des Beschlussvorschlages:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich eine Gruppe von Experten zusammenzustellen. Diese Gruppe wird ermächtigt, für die Stadt die Verhandlungen mit dem St- Willehad-Hospital e. V. zu führen, eine Klärung der noch offenen Punkte herbeizuführen und die Verhandlungen abzuschließen.“

Herr Walpurgis betonte, der Rat trage nicht nur die Verantwortung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung in der Stadt, sondern auch für die MitarbeiterInnen der beiden Häuser, die auf eine gute Lösung hoffen. Dieser Verantwortung müsse sich der Rat stellen indem dem Beschlussvorschlag zugestimmt werde.

Herr Dr. Endemann resümierte, die Verhandlungen hätten sich an vielen Stellen nicht immer einfach gestaltet. Nun gelte es, den Vertrag zur Unterschriftsreife zu bringen. Zwar liege noch ein umfangreiches Programm zur Abarbeitung vor, doch sei er optimistisch, dass ein guter Abschluss erzielt werden könne. Anschließend stellte Herr Dr. Endemann die wesentlichen vertraglichen Inhalte vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Föhlinger** ging **Herr Dr. Endemann** auf die Übernahmebedingungen für die Beschäftigten ein: Für MitarbeiterInnen der RNK gGmbH bleibe alles unverändert. Diejenigen des RNK Eigenbetriebes seien per Personalgestellungsvertrag von der Stadt an die gGmbH „ausgeliehen“ worden, so dass sich auch für diese nichts ändere. Die Beschäftigten der St. Willehad gGmbH erhielten ein Übernahmeangebot für das neu zu gründende Klinikum Wilhelmshaven, wobei keiner zu schlechteren Bedingungen arbeiten werde als bisher. Derzeit werde mit den Gewerkschaften Verdi und Marburger Bund über einen Haustarifvertrag für das Klinikum verhandelt. Dieser Haustarifvertrag solle an den Tarifvertrag öffentlicher Dienst bzw. den Tarifvertrag Ärzte angelehnt sein. Ziel des künftigen Haustarifvertrages sollen einheitliche Arbeitsbedingungen, ein einheitlicher Tarifvertrag und Teilhabe an Lohnsteigerungen sein.

Herr Hammadi erkundigte sich über den weiteren Verbleib der Auszubildenden.

Herr Dr. Endemann erklärte hierzu, die Auszubildenden des Reinhard-Nieter-Krankenhauses seien ohnehin bei der gGmbH beschäftigt und blieben auch dort. Der zu verhandelnde Tarifvertrag gelte im Übrigen dann auch für die Auszubildenden. Die Krankenpflegeschule des St. Willehad Hospitals solle von der Hospitalgesellschaft Jade-Weser übernommen werden.

Herr Föhlinger betonte abschließend, auch die SPD-Fraktion befürworte eine Fusion und bedankte sich bei den beteiligten Personen. Er erinnerte an das Wahlkampfversprechen, die Gesundheitsversorgung in kommunaler Hand behalten zu wollen. Diesem komme man mit dem heutigen Beschluss etwas näher. Außerdem werde die Gesundheitsversorgung mit einem Krankenhausneubau auf einen neuen Stand gestellt. Begrüßenswert sei auch, dass für alle Beschäftigten des künftigen Klinikums Wilhelmshaven ein einheitlicher Tarifvertrag gelte. In diesem Zusammenhang wolle er sich dafür entschuldigen, dass es in der Vergangenheit unter sozialdemokratischer Mehrheit möglich gewesen sei, die Beschäftigten unter Tarif zu entlohnen. Er sehe die Stadt jetzt auf einem guten Weg und hoffe auf einen positiven Abschluss.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde über die Änderungsanträge abgestimmt:

Der **Änderungsantrag der Gruppe BASU/Hammadi** wurde bei 3 Ja-Stimmen (Gruppe BASU/Hammadi) und 1 Enthaltung (Herr von den Berg, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) **mehrheitlich abgelehnt**.

Der gemeinsame **Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD** wurde **einstimmig angenommen**.

Dem Beschlussvorschlag inklusive der beantragten Änderung wurde bei 1 Gegenstimme (Herr Dr. von Teichman, FDP) mehrheitlich zugestimmt. Dieser lautet nun wie folgt:

Beschluss: Der Rat stimmt der Verhandlung der Vertragstexte bezüglich der Kooperation des Reinhard-Nieter-Krankenhauses mit dem St. Willehad-Hospital und dem Gesundheitszentrum St. Willehad auf Basis des beigefügten Dokuments „Klinikum Wilhelmshaven – Vertragsinhalte und Vertragsstruktur“ zu.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, für die Stadt die Verhandlungen mit dem St. Willehad-Hospital e.V. zu führen, eine Klärung der noch offenen Punkte herbeizuführen und diese Verhandlungen abzuschließen.

Die schlussverhandelten Vertragsinhalte sind dem Rat **zusammen mit einer Aufstellung der zu erwartenden Belastungen für den Haushalt der Stadt** zur abschließenden Zustimmung vorzulegen.

4 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es bestand kein Informationsbedarf.

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Sitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:00 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin